

## **DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS**

### **FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 36. JG. Heft 3 | 2023**

Marleen Hascher\*

#### **Jung, links und ostdeutsch**

##### **Identitätsstrategien linker Ostdeutscher der Nachwendegeneration und deren Einflüsse auf ihre politischen Forderungen**

**Zusammenfassung:** Der Artikel beschreibt die Einflüsse von ostdeutschem Identitätsbewusstsein auf die politischen Forderungen von linken Ostdeutschen der Nachwendegeneration. Der Umgang mit der eigenen ostdeutschen Identität gestaltet sich dabei als vielschichtig. Hierbei werden drei Formen des Umgangs mit der ostdeutschen Identität der Akteur:innen aus dem empirischen Material entwickelt: (1) Ablehnung der ostdeutschen Identität, (2) Vermittlung der ostdeutschen Identität qua „Othering“\* und (3) aktive Adaption der ostdeutschen Identität. Die ostdeutsche Identität wirkt auf das politische Bewusstsein ein, da die Akteur:innen die Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an das Niveau in Westdeutschland fordern. Ebenso kommt der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Ostdeutschland eine zentrale Rolle in der politischen

---

\* Marleen Hascher ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal. Kontakt: [marleen.hascher@h2.de](mailto:marleen.hascher@h2.de).

\* Der Mechanismus des Otherings kann folgendermaßen definiert werden: „Der Begriff ‚Othering‘ stammt aus den postkolonialen Theorien und wurde vor allem durch Begriffe wie ‚Orientalismus‘ und ‚Subalterne‘ eingeführt (Said 2012 [1978]; Spivak 1988). Er beschreibt eine Machtposition in Diskursen. Es gibt eine Seite, die aus einer normalisierten Position heraus spricht. Sie wird dadurch in dem Diskurs unsichtbar, bestimmt aber, wie über die ‚andere‘ Seite gesprochen wird. So werden bestimmte soziale Gruppen als die ‚Anderen‘ markiert und dabei sichtbar gemacht.“ (Kubiak 2020: 195).

Bewusstseins- und Identitätsbildung zu: So grenzen sich die Akteur:innen deutlich von rechtem Gedankengut ab, da sie meist negative Erfahrungen mit diesem machen mussten, erkennen jedoch auch Otheringmechanismen, wenn nicht-ostdeutsche Personen Ostdeutschland mit Rechtsextremismus assoziieren, und wollen ihre politische Arbeit gegen diesen anerkannt wissen.

**Abstract:** The article describes the influences of East German identity consciousness on the political demands of left-wing East Germans of the post-reunification generation. The way they deal with their own East German identity is complex. Three ways of dealing with the East German identity of the actors are developed from the empirical material: (1) rejection of the East German identity, (2) mediation of the East German identity qua othering<sup>†</sup> and (3) active adaptation of the East German identity. The East German identity has an impact on political consciousness, as the actors demand the equalization of material living conditions in East Germany with West German levels. Similarly, the confrontation with right-wing extremism in East Germany plays a central role in the formation of political consciousness and identity: the actors clearly distance themselves from right-wing actors, as they have mostly had negative experiences with them, but they also recognize othering mechanisms when non-East Germans associate East Germany with right-wing extremism and want their political work against right-wing extremism to be recognized.

## 1 Einleitung

Die kürzlich veröffentlichte Studie „Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die Rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern“, welche unter anderem aufzeigt, dass 22,1 % der Ostdeutschen unter bestimmten Voraussetzungen eine Diktatur bevorzugen würden (Deckert et al. 2023: 6) und 24,8 % die BRD als „gefährlich von Ausländer:innen überfremdet“ wahrnehmen (ebd. 10), sowie die Wahl des ersten deutschen AfD-Landrats Sesselmann im thüringischen Landkreis Sonneberg<sup>‡</sup> rückten Ostdeutschland erneut in den aktuellen

---

<sup>†</sup> The mechanism of othering can be defined as follows: "The term 'othering' originates from postcolonial theories and was introduced primarily through concepts such as 'orientalism' and 'subalternity' (Said 2012 [1978]; Spivak 1988). It describes a position of power in discourses. There is a side that speaks from a normalized position. It thus becomes invisible in the discourse but determines how the 'other' side is spoken about. In this way, certain social groups are marked as the 'others' and thereby made visible." (Kubiak 2020: 195).

<sup>‡</sup> Online verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sued-thueringen/sonneberg/sesselmann-demokratie-landtag-pruefung-verfassungstreue-100.html>, zuletzt geprüft am 10.08.2023.

diskursiven Fokus. Die brisanten wissenschaftlichen Befunde und die politischen Wahlentscheidungen bestätigen einen fest etablierten Blick auf den Osten: Der Osten als politischer Problemfall der BRD. Von Rostock-Lichtenhagen über die zahlreichen Demonstrationen und Übergriffe gegen Asylbewerber:innenunterkünfte während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 bis hin zu nahezu jeder politischen Wahl bestätigt sich dieser Blick: Rechtsextremismus ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

Folgerichtig etablierte sich in den Sozialwissenschaften die Rechtsextremismusforschung als zentraler Forschungszweig in der Ostdeutschlandforschung (Pfahl-Traughber 2019; Mau 2021; Deckert et al. 2023). Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf antifaschistische Akteur:innen und die des linken Spektrums in Ostdeutschland sind zwar vorhanden (Deycke et al. 2021; Jänicke/ Paul-Siewert 2022), nehmen jedoch einen weitaus geringeren quantitativen Stellenwert in der Forschung ein. Anlässlich dieses Umstands richtet dieser Artikel seinen Fokus auf linkspolitisch engagierte Personen der Nachwendegeneration und erörtert, inwiefern sie mit ihrer Identität als Ostdeutsche umgehen, welche Herausforderungen diese für sie darstellt und welche politischen Forderungen sie daraus ableiten.

## **2 Die Ostidentität im diskursiven Wandel**

Der Terminus „Ostdeutsche“ fand vor der deutschen Wiedervereinigung kaum Verwendung, da die Bewohner:innen der DDR vorher vorwiegend als DDR-Bürger:innen bezeichnet wurden. Erst durch das Aufeinandertreffen von Ost- und Westdeutschen kam es zur sozialen Konstruktion der Ostdeutschen (Kubiak: 2020: 192). Demnach lässt sich konstatieren, dass die soziale Konstruktion der Ostdeutschen und dazugehörige Diskussionen erst mit dem Mauerfall begannen. Diese deutsch-deutschen Diskurse finden allerdings seither in einem hegemonialen Ungleichgewicht statt, in welchem Westdeutschland den normativen Standard markiert. Westdeutsche Zustände werden hierbei auch als „Normalnull“ bezeichnet (ebd.: 193).

Innerhalb der Forschung wird ostdeutsche Identität anhand von quantitativen und qualitativen Unterschieden zu Westdeutschland ausgemacht: Die quantitative Forschung stützt sich dabei auf *ökonomische* Statistiken, deren Kennzahlen darlegen, dass der Lebensstandard und das durchschnittliche Gehalt immer noch weit hinter Westdeutschland rangieren, woraus eine gesonderte ostdeutsche Identität folgt. Die Identitätskonstruktion über die ökonomischen Nachteile wird auch als „Situationshypothese“ bezeichnet. Zusammen mit der Sozialisationshypothese, welche davon ausgeht, dass die Ostdeutschen durch ihr Aufwachsen und Erleben der DDR so stark geprägt wurden, dass sie eine eigene Mentalität entwickelten, konnten allerdings nicht alle Mechanismen, welche für die Herausbildung eines dezidiert ostdeutschen Identitätsbewusstseins verantwortlich sind, ermittelt werden (ebd.). Zudem verringerten sich die ökonomischen Unterschiede stetig und mittlerweile gibt

es auch erwachsene ostdeutsche Akteur:innen, welche nach der Wende geboren wurden und gar keine DDR-Erfahrung mehr vorweisen können.

Qualitative Diskursforschungen konnten zur Schließung dieser Erklärungslücke beitragen. So zeigen diverse Studien zur ostdeutschen Identitätskonstruktion (Kollmorgen 2011; Kubiak 2020; Vogel/ Leser 2020), dass ostdeutsche Identität vor allem auch über Abwertungsmechanismen seitens der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft konstruiert wird (Kubiak 2018: 25). Im Zuge dieser Abwertungsmechanismen wird von einer *Subalternisierung* der Ostdeutschen gesprochen (ebd.: 302 f.). Für die Ostdeutschen folgt aus der diskursiven Hegemonie Westdeutschlands und ihrer soziokulturellen Wahrnehmung das „Paradox einer ostdeutschen Kultur- und Identitätserzeugung wie einer zeitgleichen Dekulturalisierung und Identitätsdiffusion“ (ebd.). Dabei wird durch die Andersmarkierung des Ostdeutschseins erst eine ostdeutsche Identität generiert, welche durch Marginalisierung, Subsumtion und Exklusion erzeugt wird. Einige Autoren sprechen auch von dem Mechanismus des *Otherings*, welcher aus den postkolonialen Theorien entlehnt ist (Kubiak 2018: 28). Lange lag auch die Vermutung nahe, dass zumindest die kulturell erzeugte ostdeutsche Identität sich spätestens mit der Nachwendegeneration zurückbilden würde, da diese keine eigene DDR-Erfahrung mehr hat (Kubiak 2020: 194). Jedoch zeigen neuere Studien, dass dies nicht der Fall ist, da ostdeutsche Personen der Nachwendegeneration auch die Kinder ihrer Eltern sind, was einen Sozialisationseffekt mit sich bringt. So zeigte sich in Gruppendiskussionen und Imitation Games, dass auch die identitätsstiftenden Positionen dieser Generation noch von den Erfahrungen der Eltern und deren Bezug zu Ostdeutschland zusammen mit den Darstellungen der DDR im Schulunterricht beeinflusst werden (ebd.).

Ein weiterer Befund von Kubiaks Studie zeigt allerdings, dass die ostdeutschen Vertreter:innen der Nachwendegeneration ihre ostdeutsche Selbstwahrnehmung nicht nur über die Eltern erlangen, sondern auch – wie es auch Kollmorgens Studien zeigen – über Erfahrungen von symbolischer Abwertung im westdeutsch geprägten Diskurs (ebd.). Dies fällt ihnen besonders in den Medien auf, in welchen Ostdeutschland überwiegend als problematisch dargestellt wird. Auf diesen Umstand reagieren die jungen Ostdeutschen, laut Kubiak, mit einer eigenen Form der Identitätspolitik, indem sie betonen, dass sie sich selbst nicht wirklich als Ostdeutsche betrachten. Ihre ostdeutsche Identität wird lediglich dann angesprochen, wenn Ostdeutschland in den öffentlichen Diskursen abgewertet wird – in diesem Falle fühlten sich die Teilnehmer:innen an Kubiaks Studie doch als ostdeutsch. Es zeigt sich hier, dass die jungen Teilnehmer:innen der Studie ihren Aushandlungsprozess über ihre ostdeutsche Identität nicht nur mit sich selbst ausmachen müssen, sondern auch mit der Art und Weise, wie die eigene Wahrnehmung der Identität im bundesdeutschen Diskurs bewertet wird. Auf die Abwertungen der ostdeutschen Identität folgt dabei meist eine innere Reaktion in Form von

Verbundenheit zur eigenen Herkunft (ebd.).

Kubiak macht aufgrund dieser Identitätskonstruktion über die symbolische Abwertung im hegemonialen Diskurs den Mechanismus des Otherings aus, welcher auch noch auf die jungen Ostdeutschen der Nachwendegeneration wirkt (ebd.). Für das Othering spricht, dass in den ostdeutsch besetzten Gruppen seiner Gruppeninterviews das Thema der eigenen Identität sehr lange besprochen und ausgehandelt wurde, während dieses Thema in den westdeutsch besetzten Gruppen regelrecht ausblieb. Aufgrund dieses beobachteten Otheringmechanismus zieht Kubiak Parallelen zwischen Ostdeutschen und Personen mit Migrationserfahrung und bezeichnet die Ostdeutschen dabei als „symbolische Ausländer:innen“. Hierbei müssen jedoch die graduellen Unterschiede der Marginalisierungen von Ostdeutschen und Migrant:innen mitbedacht werden, um keine Schlussfolgerungen zu ermöglichen, welche rassistische Gewalt und Kolonialismus verharmlosen (Kubiak 2018: 28).

### **3 Formen der Ostidentität und daraus resultierende politische Forderungen**

Um in Anschluss an Kubiaks Studien zum Umgang mit ostdeutschen Identitäten herauszufinden, wie sich linke Ostdeutsche zu ihrer Ostidentität verhalten und welche politischen Forderungen sie daraus ableiten, wurden im Zeitraum vom 09. August 2022 bis zum 01. September 2022 Interviews mit 14 Akteur:innen geführt, welche sich selbst als linkspolitisch bezeichnen und in sich in linken Organisationen (Gewerkschaften, antifaschistischen Vereinigungen, Klimabündnissen, etc.) engagieren.

Aus dem erhobenen Datenmaterial dieser Studie konnten *drei Formen des Umgangs mit der ostdeutschen Identität* aus dem empirischen Material extrahiert werden: (1) Ablehnung einer spezifischen ostdeutschen Identität, (2) Vermittlung einer ostdeutschen Identität durch Othering, (3) Aktive Adaption von ostdeutscher Identität. Aus diesen unterschiedlichen Identitätsstrategien lassen sich verschiedene politische Forderungen der Akteur:innen ableiten.

#### **3.1 Ablehnung der Ostidentität**

Die *Ablehnung* der ostdeutschen Identität entsteht zum einen *bewusst* und zum anderen *unbewusst*. Von einer bewussten Ablehnung kann gesprochen werden, wenn ein positiver Bezug zur eigenen ostdeutschen Identität abgelehnt wird, um eine Identifikation mit der als rechts bis rechtsextrem wahrgenommenen ostdeutschen Gesellschaft zu vermeiden. Diese Art des Umgangs mit der ostdeutschen Identität zeigt, dass die betroffenen Akteur:innen die ostdeutsche Gesellschaft selbst als so negativ wahrnehmen, dass sie sich selbst von dieser distanzieren und nicht Teil dieser sein möchten. Dabei assimilieren diese Akteur:innen gleichzeitig den hegemonialen westdeutschen Blick auf Ostdeutschland, nach welchem Ostdeutschland auf Rechtsextremismus, sozioökonomische

Rückständigkeit und Verlorenheit beschränkt wird (Kollmorgen 2011: 334).

Stellvertretend hierfür steht die Aussage eines Ingenieurs aus Berlin, welcher Kleidungsstücke, welche eine ostdeutsche Identität betonen sollen, als peinlich bewertet: „Also es gibt Leute, die haben in altdeutscher Schrift auf ihrer Jogginghose: ‚Ostdeutschland‘ stehen. Weißt du, das ist einfach peinlich und auf den Ort und der die Region, aus der man kommt, stolz zu sein, einfach nur, wenn man daherkommt. Das ist ein bisschen wenig, sich in Abgrenzung zu jenem irgendwie stolz zu fühlen oder so. Ja, das ist halt alles einfach nicht so mein Ding, das ist das eine. Das andere ist natürlich: Ja, ich komme ja aus einer Gegend, die, bevor sie blau gewählt hat, braun gewählt hat, und das ist, warum ich mich natürlich schon damals nicht abfinden konnte und wollte und nach wie vor nicht tue und das einfach nicht gutheißen kann. Und da auch die Entschuldigungen, die manchmal vorgebracht werden, einfach nicht sehe und kritisieren.“ (M04: 548-560)

Dementgegen steht die unbewusste Ablehnung der ostdeutschen Identität, bei welcher der Begriff „Ostdeutsche:r“ als zu abstrakt empfunden wird, um Einfluss auf die eigene Identität für das Individuum geltend zu machen. Diese Akteur:innen neigen eher dazu, kleinteiligere lokale Aspekte in ihre Identitätskonstruktion miteinfließen zu lassen oder ihre Identität vollkommen losgelöst von Lokaltäten zu definieren. Letzteres ist in dem vorliegenden Sample weitverbreitet, da ausschließlich linkspolitisch engagierte Akteur:innen interviewt wurden und linke Personen häufiger zu einer kosmopolitischen und weniger ortsgebundenen Weltsicht tendieren (Merkel/ Zürn 2019: 74).

Dieses Narrativ wird von einem Erzieher aus dem sächsischen Vogtland angebracht, welcher zwar die Identitätskonstruktion über Lokaltäten ablehnt, jedoch auch betont, dass, wenn er dies tun müsste, er sich mehr als Vogtländer begreifen würde: „Aber so im Großen und Ganzen sehe ich mich glaube ich eher so als Vogtländer. Damit fühl ich mich am wohlsten. Ich fühl mich überhaupt nicht deutsch, ich kann der Gesellschaft, ähm so, wie ich sie wahrnehme, gerade nicht viel abgewinnen. Obwohl ich natürlich Deutscher bin. (kichert) Aber ja. Am Ende ist mir das eigentlich alles Wurst, das ist immer so, wenn du mich jetzt, wenn du mir jetzt die Frage stellst, beantworte ich die halt so: Ich fühle mich als Vogtländer. Aber eigentlich ist mir das völlig scheißegal, ne. Ich bin der [Name M03] und ich gehöre zu meiner Familie und fertig. Und meinen Freunden.“ (M03: 435-441)

Ein Aspekt, welcher sich hierbei feststellen lässt, ist, dass zwar auch von Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Ostidentität gesprochen wird, jedoch keine:r der Befragten sich aktiv politisch gegen die gesellschaftliche Diskriminierung von Ostdeutschen engagiert. Erklärbar ist dieses Phänomen damit, dass zum einen die Akteur:innen einen deutlichen Fokus auf die ökonomisch-materielle Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen auf Westniveau innehaben und dadurch, dass eine aktive Adaption der eigenen ostdeutschen Identität kaum bei den beforschten Akteur:innen stattfindet. Diese Nichtidentifikation mit dem eigenen Ostdeutschsein wird

u. a. aufgrund einer bewussten Abgrenzung zu einer als rechtspolitisch geprägten Mehrheitsgesellschaft vollzogen.

### **3.2 Vermittlung der Ostidentität durch Othering**

Ähnlich wie in Kubiaks Forschungsartikeln zu ostdeutscher Identität wurde auch in dieser Studie das Thema Othering als ein zentraler Aspekt in den Interviews herausgearbeitet. So sind ostdeutsche Personen neben der Assoziation mit Rechtsextremismus auch mit weiteren Otheringmechanismen konfrontiert. Ein Fachinformatiker aus Leipzig spricht an, dass es ihm missfällt, als Ostdeutscher oft mit Rechtsextremen in Verbindung gebracht zu werden. Er betont hierbei, dass es ihn vor allem stört, da er selbst Antifaschist ist und dadurch die antifaschistische Arbeit von Personen aus Ostdeutschland als unsichtbar und entwertet sieht:

„Was mich zum Beispiel als Antifaschist im Osten jetzt sehr aufregt, was man halt oft im Internet liest oder irgendwelche abwertenden Kommentare über den Osten, dass wir hier ja alles Nazis sind und am besten dann wieder die Mauer errichten und einen so einen Scheiß - was ich persönlich sehr scheiße finde. Zum Beispiel jetzt auch für all die Antifaschisten hier im Osten, wir stecken so viel Arbeit hinein, dass halt quasi das Problem nicht überhandnimmt und werden einfach nur von meistens der Öffentlichkeit im Westen noch weiter degradiert und quasi mit den Nazis hier gleichgesetzt. Irgendwie so etwas in der Richtung. Da merke ich es halt zum Beispiel: Ja, ich bin ostdeutsch, weil wir werden alle als Nazis bezeichnet.“ (M09: 389-397)

Die Konfrontation mit Rechtsextremen und rechtem Gedankengut wirkt jedoch als ein zentraler Aspekt, der linkspolitische Personen aus Ostdeutschland dazu bringt, politisches Bewusstsein aufzubauen und antifaschistisch aktiv zu werden. Ein IT-Administrator berichtet beispielsweise darüber, dass er in seiner Jugend in seinem Heimatort rechte Gewalt und rechte Bedrohungen selbst erleben musste. Er beschreibt dies als den Grund für seine antifaschistische Politisierung, welche für ihn eine Notwendigkeit darstellte: „Also ich würde sagen, ich habe mich aus der Notwendigkeit heraus politisiert, weil ich einfach aus einer Region komme, wo es in meiner Schulzeit von freien Kameradschaften und Waffenfunden bei Nazis und Nazimitschülern nur so gewimmelt hat [...] Ich habe eine Zeit lang im Erdgeschoss gewohnt, hatte regelmäßig irgendwelche Sätze an meinem Fenster stehen, wie ‚Zecke, wir kriegen dich!‘ Ich wurde auf dem Weg zur Schule massiv bedroht, war auch in viele Schlägereien zu der Zeit verwickelt immer wieder.“ (M06: 435-454)

So spielt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen eine zentrale Rolle bei Otheringprozessen: Die Befragten benennen Rechtsextremismus als eines der größten Probleme in Ostdeutschland und berichten von ihren eigenen negativen Erfahrungen mit diesen, fühlen sich jedoch zu Unrecht abgewertet, wenn westdeutsche Personen Ostdeutschland vor allem mit Rechtsextremen assoziieren und wünschen sich die Anerkennung ihres politischen Engagements gegen Rechtsextremismus.

Des Weiteren geht aus dem Interviewmaterial hervor, dass sich Othering auch durch Stereotypisierung und Klischees über Ostdeutsche ausdrückt: Einer interviewten Akteurin fiel auf, dass Dinge, welche für sie als Ostdeutsche der Nachwendegeneration selbstverständlich sind, von Personen aus Westdeutschland oft als klischeebehaftet ostdeutsch wahrgenommen werden, während sie selbst kaum Klischees für Westdeutsche benennen konnte: „Ich glaube, es [ihre erste Selbstwahrnehmung als Ostdeutsche] war tatsächlich, im Zuge eines Klischeedenkens, als ich auf jemanden getroffen bin, der aus dem Westen kam. Und, mit dem ich so über meine Kindheit und so, gesprochen habe. Und er dann so meinte, ja, typisch, typisch Ossi irgendwie. Die mit ihrer Ostsee. [...] Und [...] weil ich nichts so wirklich erwidern konnte, weil mir kein Westdeutsches, also, weil mir auch nichts irgendwie eingefallen ist, was jetzt irgendwie schlecht westdeutsch wäre, beziehungsweise in dem Moment auch irgendwie gar nicht, das so gar nicht im Kopf hatte, also, mich hat es schon überrascht eigentlich, muss ich sagen.“ (W05: 614-643)

Aus dieser Textpassage sticht besonders hervor, dass die Befragte überrascht von der Reaktion ihres Gegenübers war, da sie ihren Ostseeurlaub als nichts spezifisch Ostdeutsches betrachtete. Dabei verfiel sie sofort in einen „Verteidigungsmodus“ und konnte dennoch nichts Äquivalentes entgegnen, da ihr ad hoc keine negativ konnotierten Klischees über Westdeutsche einfielen. Diese stereotypen Verallgemeinerungsmechanismen und Diskriminierungen zwingen die ostdeutschen Individuen stets zur *Reaktion* und schaffen somit eine negative Auseinandersetzung mit der eigenen ostdeutschen Identität. Ebenso wirkt das Desinteresse an Ostdeutschland als ein zentrales Hindernis für *Anerkennung*, da Dinge, die man nicht kennt, niemals anerkannt werden können (Kollmorgen 2011: 336). Dass ostdeutsche Identität vor allem über Abwertungsmechanismen von außen konstruiert wird, ist hierbei keine neue Erkenntnis (Kubiak 2018: 25).

Das Othering äußert sich ebenfalls in Ungleichbehandlungserfahrungen. Eine Betriebsrätin aus Sachsen beschreibt stellvertretend hierzu ein Erweckungserlebnis, als sie im jungen Erwachsenenalter durch einen Jugendaustausch ihrer Gewerkschaft damit konfrontiert wurde, dass sie als Person in Ostdeutschland signifikant weniger Arbeitsvergütung bei mehr Arbeitszeit als ihre Kolleg:innen vom gleichen Konzern an westdeutschen Standorten bekam. Sie betont, dass es ihr danach wichtig war, nicht in Deprivation zu verfallen, sondern in einem Kollektiv, der Gewerkschaft, dafür einzutreten, diese Unterschiede, welche sie als ungerecht wahrnahm, zu beseitigen:

„Wenn man da einfach auch gemerkt hat, dass die Arbeitszeiten ganz andere sind, dass im Zweifel Lohnniveau ein ganz anderes ist und dass ganz andere Regelungen gelten. Also, tatsächlich dieses Thema Arbeitszeit hat dann das Bewusstsein eher hervorgerufen. [...] Ja, bin ja prinzipiell dann so ein Mensch, der dann sagen will, das will ich auch und sich dann auch dafür einsetzt, die Bedingungen auch zu haben. Also bin dann nicht die, die hier rumknietscht und rumheult und sagt, bei uns ist alles



so schlecht, sondern würde dann eher alles dafür tun, das so zu ändern, dass es bei uns auch das gleiche Niveau hat. So, und hab dann wahrscheinlich eher darum gekämpft, nicht irgendwie zu sagen: Bei uns ist alles blöde, sondern zu sagen: Lasst uns irgendwie gemeinsam gleichmachen, weil wir sind irgendwie alle Menschen, die in Deutschland leben.“ (W02: 494-510).

Die Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland wurden von allen Interviewpartner:innen thematisiert und bemängelt. Somit zeigt sich anhand der Interviews, dass die am prominentesten gestellte Forderung der linken Ostdeutschen der Nachwende generation die Angleichung der Arbeitsbedingungen und der Löhne und Gehälter in Ostdeutschland auf Westniveau ist. Ein selbst erlebtes Ungerechtigkeitsempfinden, welches aufgrund der Ostidentität entsteht, wirkt dabei als Ausgangspunkt für die Akteur:innen, selbst gegen dieses aktiv zu werden, indem sie sich für die Verbesserung der materiellen Lebenssituation in Ostdeutschland, aber auch für die Gleichwertigkeit im Verhältnis zu Westdeutschland einsetzen.

### **3.3 Aktive Adaption der Ostidentität**

Wesentlich seltener als die anderen beiden Umgangsstrategien mit der ostdeutschen Identität stellt in dieser Studie die *aktive Adaption der Ostidentität* dar. Hierbei stellen die jungen linken Ostdeutschen vor allem einen positiven Bezug zu der sozialistischen Vergangenheit Ostdeutschlands und den daraus resultierenden kulturellen Nachwirkungen auf die Gesellschaft her. Dabei werden kulturelle Praktiken wie FKK und ein nachhaltiger Lebensstil als spezifisch ostdeutsch und positiv bewertet. Auffällig ist, dass diese Form des Umgangs mit der ostdeutschen Identität von Personen getragen wird, welche sich selbst als Kommunist:innen bezeichnen und ihren Klassenbegriff an Marx orientieren.

Ein Erzieher aus Sachsen-Anhalt äußerte sich stellvertretend dementsprechend: „Ich würde einerseits sagen, dass es eine Identität gibt. Eine ostdeutsche Identität und eine westdeutsche Identität. Ich bin anders aufgewachsen als jemand in Köln, zum Beispiel. Meine Mama, wie gesagt, war an der Abendschule, hat ihre zweite Ausbildung gemacht. Und ich bin dann mit meiner Oma auch aufgewachsen und habe, also jetzt keine DDR-Erziehung genossen. Ich war nicht bei den Thälmann-Pionieren, die gibt es ja nicht mehr. Aber ich habe schon eine Art DDR-Erziehung genossen. Das fängt an bei mit Oma FKK machen, was für mich normal ist, was, glaube ich, andere so nicht kennen.“ (M02: 426-447). Die ostdeutsche Identität beschreibt er dabei als „post-sozialistische Identität“ (ebd.).

Es kann demnach beobachtet werden, dass die aktiv-positive Umgangsstrategie mit der eigenen Ostidentität Einfluss auf die Politisierung der Akteur:innen hat. Hierzu zählt vor allem die affirmative Auseinandersetzung mit der sozialistischen Geschichte der DDR. So berichtet eine in Hamburg lebende Projektkraft davon, durch ihr Elternhaus bereits Zugang zu kommunistischer und

sozialistischer Theorie gehabt zu haben, was ihr Interesse bestärkte, sich damit politisch weiter zu beschäftigen: „[...] Auch ein Bezug zu, ja, Begriffen wie Sozialismus oder so zu haben. Oder auch zum Beispiel, bei meinen Eltern standen halt hier die Blauen Bände halt einfach rum oder so und ich konnte die lesen, als ich mich dafür interessiert habe. [...] All solche Sachen, [die es] für mich dann zumindest [...] an manchen Punkten in meiner linken Sozialisation, oder wie ich das auch immer nennen soll, sozialistischen - kommunistischen, leichter gemacht haben [...], weil der Zugang einfach leichter war irgendwie.“ (M08: 607-630).

Auch die Behandlung der Geschichte der DDR in der Schule weckte das Interesse an den sozialistischen und kommunistischen Theorien für einen der Befragten, welcher davon erzählte, davor schon linkspolitisch interessiert gewesen zu sein und der damals in der Punk-Szene aktiv war. Diese Auseinandersetzung mit dem Sozialismus bzw. dem Kommunismus lässt er dabei als Teil in seine ostdeutsche Identität miteinfließen, da er dies als Teil seiner persönlichen Geschichte über seine Eltern vermittelt betrachtet: „Ich würde sagen, in der Schule und das hat mich natürlich auch politisiert und zur Idee des Kommunismus gebracht, ne? Man kommt irgendwann darauf, ja, was war denn hier in Ostdeutschland vor uns? Und dann hat man eben im Geschichtsunterricht das Thema DDR und dass es eine Mauer gab und, dass es einen anderen deutschen Staat gab. Und dann will man natürlich als Jugendlicher wissen, was ist denn überhaupt Sozialismus? Was ist denn Kommunismus? Und dann beschäftigt man sich damit eben. Und merkt, ich bin irgendwie Ostdeutscher. Ich habe damit irgendwas zu tun. Meine Eltern haben in diesem Staat gelebt. (M02: 541-549).

Anhand dieser beiden Fälle zeigt sich, dass die Identität als Ostdeutscher nicht nur – wie im Falle der Betriebsrätin aus Sachsen – über das Erfahren von ökonomischen Nachteilen aufgrund der ostdeutschen Identität zu politischem Interesse und Aktivismus führen kann, sondern auch über kulturelle geschichtliche Aspekte. Sozialistische und kommunistische Ideen als Teil ostdeutscher Geschichte bewirken somit für linke Ostdeutsche der Nachwendegeneration eine identitäre Identifikation mit diesen, welche die Akteur:innen dazu bringt, sich mit diesen näher auseinanderzusetzen und sie dazu ermutigt, sich linkspolitisch, insbesondere klassenpolitisch zu engagieren.

#### **4 Fazit und Schlussfolgerungen**

Die Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Identität fand für die jungen linken Ostdeutschen tendenziell *passiv* (unbewusste Ablehnung der Ostidentität, Othering) und weniger *aktiv* (bewusste Ablehnung der Ostidentität, aktive und positive Adaption der Ostidentität) statt. Es zeigt sich zudem, dass die Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Identität der linken Ostdeutschen der Nachwendegeneration deren politische Interessen grundlegend beeinflussen kann.

So konnte mit den Interviews herausgearbeitet werden, dass im Falle der aktiven Adaption der Ostidentität die sozialistische Geschichte Ostdeutschlands als ein Teil der eigenen Identität der

Akteure begriffen werden kann, welcher sie dazu motiviert, sich mit sozialistischen und kommunistischen Ideen zu beschäftigen. Dies kann dabei zu entsprechenden politischen Grundeinstellungen führen, welche wiederum die Akteur:innen für Klassenpolitik sensibilisiert.

Aus dem erlebten Othering lassen sich sogar zwei politische Forderungen ableiten: Zum einen möchten sie die Angleichung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an jene von Westdeutschland erreichen, wobei sich zeigt, dass das eigene Erleben und Wahrnehmen einer Ungerechtigkeit dazu führen, dass ein ostdeutscher identitätspolitischer Aspekt in eine klassenpolitische Forderung transformiert wird. Zum anderen möchten sie ihr politisches Engagement gegen Rechtsextremismus *anerkannt* wissen und transformieren dabei oft eine bewusste Ablehnungsstrategie bezüglich ihrer Ostidentität in eine durch Othering erzwungene Strategie der Auseinandersetzung mit ihrer Ostidentität. Diese äußert sich durch eine defensive Verteidigung oder gar einer positiven Bezugnahme der Ostidentität, um zu beweisen, dass nicht jede ostdeutsche Person rechtes Gedankengut vertritt. Ebenso wollen sie durch diese Strategie Leute wie sich, die Gegner:innen des rechten Gedankenguts, sichtbar machen und zeitgleich aufzeigen, dass Rechtsextremismus auch ein Problem in Westdeutschland ist.

Als besonders auffällig stellt sich zudem heraus, dass die Akteur:innen zwar die kulturelle Abwertung von Ostdeutschland in Form von Diskriminierung und Othering wahrnehmen und problematisieren, sich jedoch nicht in Form von ostdeutschlandbezogenem identitätspolitischen Engagement dagegen einsetzen.

**Marleen Hascher** ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal. Kontakt: [marleen.hascher@h2.de](mailto:marleen.hascher@h2.de)

## Literatur

*Deckert, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar* 2023: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die Rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig. Online verfügbar unter <https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-2023-2-autoritaere-dynamiken-und-die-unzufriedenheit-mit-der-demokratie.html>, zuletzt geprüft am 10.08.2023.

*Deycke, Alexander/ Gmeiner, Jens/ Schenke, Julian/ Micus, Matthias* 2021: Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

*Jänicke, Christin/ Paul-Siewert, Benjamin* 2022: 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf

eine eigenständige Bewegung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

*Kollmorgen, Raj* 2011: Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung. In: Kollmorgen, Raj/ Koch, Frank Thomas/ Diemel, Hans-Liudger: Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: Springer VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 301-361.

*Kubiak, Daniel* 2018: Der Fall „Ostdeutschland“. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft (12), S. 25-42.

*Kubiak, Daniel* 2020: Ostdeutsche Identität im Wandel der Zeiten. 30 Jahre und noch kein Ende. In: Becker, Sören/ Naumann, Matthias (Hg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland: Wiesbaden: Springer VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 189-198.

*Mau, Steffen* 2021: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

*mdr.de* 2023: Darf im Amt bleiben: Sonneberger AfD-Landrat Sesselmann besteht Verfassungstreue-Prüfung. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sued-thueringen/sonneberg/sesselmann-demokratie-landtag-pruefung-verfassungstreue-100.html>, zuletzt geprüft am 10.08.2023.

*Merkel, Wolfgang/ Zürn, Michael* 2019: Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: Nida-Rümelin, Julian/ von Daniels, Detlef/ Wloka; Nicole (Hg.): Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung. Berlin: De Gruyter, S. 67-101.

*Pfahl-Traughber, Armin* 2019: Rechtsextremismus in Deutschland: eine kritische Bestandsaufnahme. Berlin: Wiesbaden: Springer VS, Verlag für Sozialwissenschaften.

*Vogel, Lars/ Leser, Julia* 2020: Ostdeutsche Identität(en) im Wandel? Perspektiven für Intra- und Interkohortenvergleiche. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 14 (3), S. 171-197.